

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

27.2.1908 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 27. Februar.

№ 66.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile ober deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1908.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“
für den Monat
März
nimmt jede Postanstalt entgegen.
Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Durch Entschließung Großh. Steuerdirektion vom 21. Februar d. J. wurden Steuerkommissärsassistent Ferdinand D o s a u e r bei dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Raistatt zum Revidenten ernannt und der Katasterkontrolle Abt. III zugeteilt.

Revident Heinrich E i c h o r n bei der Katasterkontrolle Abt. III zum Steuerkommissärsassistenten ernannt und dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Pforzheim-Stadt zugeteilt.

Revident Karl L i r c h bei der Katasterkontrolle IV zum Steuerkommissärsassistenten ernannt und dem Großh. Steuerkommissär für den Bezirk Raistatt zugeteilt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 3. Februar d. J. wurde Betriebsassistent Johann B s c h e b e l in Mannheim Rangierbahnhof nach Graben-Neudorf versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 10. Februar d. J. wurde Betriebsassistent Franz S t e i g l e d e r in Mannheim zur Zentralverwaltung nach Karlsruhe versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Balkanfrage.

Eine Nachricht aus Konstantinopel bestätigt, daß die maßgebenden türkischen Kreise mehr und mehr zu der Ansicht von der Notwendigkeit der Verlängerung der Reformmandate gelangt. Es war vorauszu sehen, daß der Sultan sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen und daß der Widerstand, den er dem Verlangen der Mächte entgegensetzte, nicht andauern werde. Unmöglich kann er Mazedonien in die Zustände zurückwerfen wollen, die vor der Einführung der Reformorgane bestanden, denn dies versuchen, hieße so viel, wie Brennholz herbeischaffen, um die Flammen eines Aufstandes zu entzünden. Die Zivilagenten, die Instruktionsoffiziere für die Gendarmerie und schließlich die Finanzkommissäre sind nach Mazedonien geschickt worden, um eine gefährliche Situation zu beseitigen, und wenn der Sultan erklären würde, daß sie ihre Tätigkeit einzustellen haben, so würden dafür höchstwahrscheinlich andere Leute, die zwar keine amtliche Sendung hätten, die aber die Macht zu nehmen wüßten, wo sie sie finden, ihre Tätigkeit beginnen. Die Zivilagenten Oesterreich-Ungarns und Russlands sind die Instanz, bei der die christlichen Einwohner, die Grund zu haben glauben, daß ihnen Unrecht zugefügt wurde, sich beschweren können; sie haben Mißbräuche der Behörden den Votschaltern anzuzeigen und die Einführung der Reformen zu überwachen. Ihre oder ihrer Hilfskräfte Anwesenheit wird, wie sich gezeigt hat, von der Bevölkerung als eine Gewähr gegen Willkür betrachtet; würden sie das Land verlassen, so würde dies nicht anders ausgelegt werden, als daß nun die alte Wirtschaft, die den Boden für das Entstehen der Vanden bereitete, wieder beginnen solle. Die Instruktionsoffiziere für die Gendarmerie, die außer von den beiden Ententemächten auch von Italien, England und Frankreich beige stellt sind, und an deren Spitze ein italienischer General steht, haben es zuziel, daß die Landpolizei wirklich der Sicherheit dient; erst an der Arbeit, die sie dabei zu leisten hatten, erkennt man, wie traurig es früher damit aus sah. Die Finanzkommission, in der alle Großmächte vertreten sind, hat Ordnung in die Rechnungen, Ordnung in die Steuereinzahlung gebracht; sie hat ein Stück finanziellen Orient europäisiert, erpart der Bevölkerung oder verwendet zu ihrem Vorteil, was ehedem durch Schandrian und Vergewaltigung und auf schlimmere Weise verloren ging, und bietet den Beamten regelmäßige Bezahlung. All dies würde verloren gehen, wenn die Mandate der Reformorgane nicht verlängert würden, und wenn die Mazedonier dadurch zu schwerem Schaden kämen, so käme zu nicht geringerem der tür-

rische Staat selbst. Es war also vorauszu sehen, daß der Sultan auf die Dauer keine ernsthaften Schwierigkeiten erheben werde; er muß erkennen, daß die Beseitigung der bestehenden Reformorgane nur Unheil stiften würde. Viel weniger erfreulich ist aber das Bild der noch zu erwartenden Reformen. Oesterreich-Ungarn und Rußland waren bis vor kurzem die Führer, die einen gemeinsamen Weg gingen. Sie erhielten die Vorschläge auch über diejenigen Einrichtungen, an denen auch andere Mächte teilnehmen sollten, und ihre Anregungen und Anträge wurden diskutiert. Jetzt ist man an der Lebendigkeit der Entente irrig geworden, und der Schwerpunkt der Aktion liegt nicht mehr bei den zwei Mächten; es gibt infolgedessen überhaupt keinen Schwerpunkt mehr, sondern in den Votschalterkonferenzen machen sich alle Einflüsse und Erwägungen gleichmäßig geltend. Daraus entsteht ein bedeutender Nachteil; denn während Oesterreich-Ungarn und Rußland in der Feststellung ihrer Linie sich nur von ihrer Stellung zu den Orientangelegenheiten leiten lassen, ja während auch ihr Verhältnis zueinander überhaupt fast nur durch diese Angelegenheiten bestimmt ist, kommen bei dem Eingreifen der anderen europäischen Staaten sehr vielfältige Interessen, und man kann hinzufügen, auch vielfältige Gegensätze zur Geltung. Je mehr der Kreis der Beratenden erweitert wird, desto weniger läßt sich Zersplitterung vermeiden, und darum war es ein Gewinn, daß wenigstens zwei der Teilnehmer zusammenhielten oder doch den gleichen Gedankenweg verfolgten. Jetzt hat es aber den Anschein, daß diese Gleichheit zerstört und daß von der Entente nur die äußere Hülle übrig geblieben ist. Der österreichisch-ungarische Plan einer Eisenbahn, welche zwei Seebahnen zu einer durchgehenden gestalten, also ihre natürliche und notwendige Vervollendung bringen soll, hat genügt, um dieses Ergebnis herbeizuführen, oder vielmehr, da ein so selbstverständliches Ereignis dazu genügt hat, so kann es nur ein Anlaß gewesen sein, um einer schon vorhandenen Tendenz zum Siege zu verhelfen. Das Schlimmste aber ist, daß jetzt das Fehlen von Beschlüssen in der Orientpolitik außerordentlich erschwert ist, da an Stelle eines zuzusagen von einem engeren Komitee geführten Konzerts der Mächte die Gesamtheit der Mächte tritt, die erfahrungsgemäß entweder gar nicht oder nur höchst mühsam zu einer Entscheidung gelangt. Man braucht sich nur an die verschiedenen Konferenzen zu erinnern, die in orientalischen Dingen schon stattgefunden haben, um sich vorzustellen, wie es künftig aussehen wird. Mit Ausnahme der Kongresse, die über Friedensbedingungen zu beraten hatten, haben alle diese Versammlungen ganz geringfügige oder überhaupt keine praktischen Ergebnisse gehabt, und es war eine Ueberwindung eines toten Punktes, als Oesterreich-Ungarn und Rußland sich zusammenschlossen, um gemeinsam vorzugehen. Wenn die Entente auseinanderfällt, steht man wieder dort, wo man vorher war.

(Telegramme.)

Die Stellung Englands.

London, 25. Febr. In der heutigen Sitzung des Oberhauses richtete Newton an die Regierung eine Anfrage hinsichtlich der Lage in Mazedonien und verwies auf die Wirkung, welche die türkische Eisenbahnkonzeption auf das kürzeste Programm und das europäische Konzert ausüben würde. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Fitzmaurice, erklärte darauf, er könne dem Hause keine erfreulichen Mitteilungen machen. Man sei in dieser Frage auf einem sehr kritischen Punkte angelangt, sowohl in Mazedonien als auch in diplomatischer Hinsicht im europäischen Konzert. Lord Fitzmaurice erklärte in der Fortführung der Rede über die gegenwärtige Lage der mazedonischen Reform, England befinde sich in Meinungsverschiedenheiten mit der Porte über die Frage der Machtbefugnisse der Zivil- und Finanzagenten. Bezüglich der Reform der Gendarmerie befinde sich England nicht mit den anderen Mächten in Uebereinstimmung. Was die Justizreform anlangt, so sei England zwar mit den anderen Mächten in der Theorie vollkommen darüber einig, doch habe man die andere Mächte bisher noch nicht zu überzeugen vermocht, daß der Augenblick bereits gekommen sei, in dem man der Porte eine Note über diesen Gegenstand überreichen könne. Lord Fitzmaurice fuhr in seiner Rede fort: Niemand, der die jüngste Rede des Freiherrn v. Lehrenthal gelesen habe, könne behaupten, daß Lehrenthal die Uebelstände der Lage in Mazedonien zu unterschätzen versuchte. Es ist häufig gesagt worden, mit dem europäischen Konzert sei es zu Ende, und es ist gegen den befreundeten Staat Oesterreich-Ungarn wegen des ihm verliehenen Rechtes zur Ueberwachung der Eisenbahnen im Balkan eine heftige Sprache gebraucht worden. Die Eisenbahn im Balkan betrachten wir als handelsbetreibende Nation nicht nur ohne Beförderung, sondern sogar mit wohlwollender Neutralität. Je mehr Bahnen und Verkehrswege in diesen Ländern gebaut werden, um so besser für sie und jedermann. Ich hoffe, es wird

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

deutlich verstanden werden, daß wir uns mit der ziemlich ungerechten, heftigen Sprache gegen die befreundete österreichisch-ungarische Regierung nicht identifizieren, um so mehr, wenn wir uns daran erinnern, daß nach dem Berliner Vertrage Oesterreich-Ungarn das Recht hat, den Sandschat Nowibazar zu besetzen, und daß es dieses Recht nur wegen innerer politischer Gründe noch nicht ausgeübt hat. Fitzmaurice legte dann die Rechte dar, die Oesterreich-Ungarn aus dem Berliner Vertrage zustehen und kam zu dem Schluß, man dürfe in dem Sultan keineswegs die Meinung aufkommen lassen, daß zwischen Oesterreich und den anderen Mächten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Redner schloß: England nehme hinsichtlich der mazedonischen Reform eine abwartende Stellung ein.

Auch im Unterhause wurde die Lage in Mazedonien und die von englischer Seite einzunehmende Stellung besprochen. Der Minister des Auswärtigen, Grey, sagte, er glaube, der gegenwärtige Augenblick sei nicht für ein isoliertes Vorgehen Englands günstig. Auf jeden Fall müsse man den Eindruck vermeiden, als ob zwischen den Mächten nicht volle Einigkeit herrsche, sondern eigene Interessen verfolgt werden. Das Konzert müsse erhalten bleiben. England werde seine Gendarmenpläne aufgeben, wenn von anderer Seite ein gleich wirkungsvoller Plan vorgelegt werde.

Konstantinopel, 25. Febr. Die heutigen türkischen Blätter veröffentlichen eine amtliche Mitteilung, in der es heißt, daß die wichtige Frage einer Gewähr für die Ausübung der Justiz den heftigsten Wunsch des Sultans bilde. Infolgedessen sei durch einen durch ein Trade sanktionierten Ministerbeschluss in den Rechtschulen (geistlichen Justizschulen) auch der Unterricht in allen weltlichen Justizwissenschaften eingeführt worden. Die diesbezüglichen Professoren werden namentlich aufgeführt. Es wird zugleich betont, daß die Kurse bereits begonnen haben.

Konstantinopel, 26. Febr. Ueber die Haltung des deutschen Votschalters in der Frage der Mandatsverlängerung für die Finanzkommission in Mazedonien sind falsche Nachrichten in die Presse gebracht worden. Es ist behauptet worden, Freiherr von Marshall habe der Porte in Aussicht gestellt, falls sie die Mandate verlängere, werde er in der Justizreform einen Kompromiß herbeiführen. In anderen Meldungen hieß es, der Votschalter habe sogar der Porte bereits Vorschläge für den Inhalt eines solchen Kompromisses gemacht. Die Angaben sind erfunden. Der Votschalter hat Veranlassung genommen, die von allen Mächten gewünschte Mandatsverlängerung der Porte gegenüber zu betreiben, hat aber mit dieser Verlängerung die Justizreform weder direkt noch indirekt in Verbindung gebracht.

Wien, 26. Febr. Der Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Lehrenthal stattete gestern abend dem hier weilenden Erbprinzen Danilo von Montenegro einen längeren Besuch ab.

Südländereisen.

SRK. Berlin, 25. Februar.

Aus Konstantinopel ist berichtet worden, Kaiser Wilhelm solle auf Korfu von einer türkischen Sonderabordnung begrüßt werden. Wir glauben indes nicht, daß dieser Gedanke zur Ausführung kommen wird. Der Aufenthalt des Kaisers auf Korfu ist lediglich für Zwecke der Erholung bestimmt und soll von allen repräsentativen Pflichten nach Möglichkeit frei bleiben. Es ist auch nicht im Sinne des Monarchen, daß man seine Anwesenheit im Mittelmeer mit politischen Dingen in Zusammenhang bringt. Obwohl Kaiser Wilhelm, nach den bisherigen Anordnungen, kaum vor dem 1. April auf Korfu eintreffen wird, erscheint es möglich, schon jetzt von vornherein vor allen Vorkommnissen, deren Gegenstand die diesjährige Südländereise, wie die früheren werden könnte, zu warnen. Der Kaiser hat keinen anderen „Plan“, als eine angenehme, erfrischende Reise zu machen. Daß er sie nach Korfu macht, beweist allerdings, daß die deutsche Politik Verwicklungen im nahen Osten nicht bedrohlich am Horizont stehen sieht. Diese Ansicht wird anderwärts geteilt; denn auch das englische Königspaar beabsichtigt für den April, wie wir dem Soffbericht Londoner Blätter entnehmen, eine Fahrt nach den östlichen Gewässern des Mittelmeeres. Wir hoffen, daß diese fürstlichen Reisen ungestört durchgeführt werden. Europa kann darin nur Anzeichen der bei den Regierungen vorherrschenden Friedenszuversicht erblicken.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 25. Februar.

Staatssekretär Dr. Nieberding fährt fort: Die materielle Bedeutung der Deportationsfrage überschätze der Vorredner (v. Liebert) vielleicht. Sie habe aber auch eine to-

lomalpolitische, juristische und sehr große finanzielle Bedeutung. In letzter Beziehung seien die Ausführungen des Vorredners nicht ausreichend gewesen, um alle Bedenken zu zerstreuen. Die Regierungen werden sich auch in Zukunft mit der Frage beschäftigen, trotzdem habe er es aber nicht für angezeigt, die Annahme der Resolution zu empfehlen.

Abg. v. **Chrzanowski** (Pol.) führt unter Hinweis auf eine große Anzahl auf dem Tische des Hauses niedergelegten Schriften, Bücher, bildlicher Darstellungen usw. aus: Alle diese Bücher und Schriften seien wegen ihres aufreizenden Inhalts konfisziert worden. Unter dieser Firma wird von der preussischen Regierung ein erbitterter Kampf gegen die polnischen Dichter und die polnische Kunst geführt. Schreite Preußen auf diesem Pfade weiter, so werde es sich noch um den letzten Rest von Kredit in der Welt bringen.

Abg. **Nören** (Zentr.) legt gegenüber dem Abg. Müller-Meinungen dar, daß seine (Nörens) Ausführungen im Abgeordnetenrat über die Bekämpfung des künstlerischen Schmutzes die allseitige Zustimmung des Hauses gefunden hätten, da er hauptsächlich das Ueberhandnehmen des literarischen Schmutzes behandelte; ferner habe er erklärt, daß dagegen schon auf Grund der bestehenden Bestimmungen vorgegangen werden könne, wenn auch eine gesetzliche Festlegung des Begriffes „unzüchtig“ erwünscht sei. Der Schmutz mache sich breit und gewissenlose Spekulanten bewiesen durch ihre dreiste, freche Handhabung, daß der Grund hierfür weniger in dem Mangel an ausreichenden gesetzlichen Bestimmungen als in der Anwendung der bestehenden Befehle liege. Es sei eine traurige Tatsache, daß die obszönen Bilder und Schriften in der letzten Zeit unheimlich zugenommen hätten. Er wolle keine Anebelung der Kunst, sondern das Gegenteil, Befreiung der Kunst von ihren größten Feinden, der sie zum Gemeinen degradieren.

Abg. **Jund** (natl.) wünscht nichts sehnlicher, als daß der Staat von dem § 184a des Strafgesetzbuches zugunsten der Kinder energischer Gebrauch mache. (Lebhafter Beifall.) Redner begründet sodann die Resolution betr. die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Absichtlich sei diese gerade zum Justizetat eingebracht worden, weil es speziell die Rechtsfrage der Tarifverträge sei, die einer Prüfung bedürfte. Es sei geradezu ein Mangel von rechtlicher Sicherung der Tarifverträge zu konstatieren. Die öffentliche rechtliche Regelung lehne seine Partei ab, wegen der mit dem öffentlichen Recht stets verbundenen Schablonisierung.

Staatssekretär **Dr. Nieberding** erklärte, im Reichsamt des Innern und im Reichsjustizamt sei man sich über die große Bedeutung der Tarifverträge in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung einig. Eine eventuelle Regelung könne aber nicht partikulärrechtlich, sondern müßte reichsrechtlich erfolgen. Auch sei es dringend erwünscht, zu einer solchen Regelung bald zu kommen, aber so einfach, wie der Redner es sich vorstelle, sei die Regelung durch das Gesetz nicht. Bei einer solchen würden die Anregungen der Abgg. Gröber und Jund gebührende Berücksichtigung finden.

Abg. **Heine** (Soz.) kommt nochmals auf die Kontroverse zwischen Maßbahn und Stadthagen am vorigen Freitag zurück und bezeichnet die Amtsführung Stadthagens als eine vollkommen ehrenhafte. Er trete für Stadthagen nicht aus persönlicher Freundschaft und Parteirücksichten ein, sondern indem er seinem Gewissen folge. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft im Garbenprozess mache den Eindruck der Verworfenheit und Unklarheit aus Mangel an Verständnis. Redner führte dann nachher einen Fall an, in dem die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten gegen die Redaktion der Zeitung „Die Post“ wegen Beleidigung des Abg. Fischer-Berlin, dem die Annahme von Schmiergeldern vorgeworfen war, abgelehnt hatte.

Staatssekretär **Dr. Nieberding**: Der Vorredner würde der Sache besser dienen, wenn er sich nicht auf eine Verallgemeinerung einließe u. nicht die ganze Rechtspflege in Preußen angriffe. Er erkenne an, daß die Handhabung der Bestimmungen über die Erhebung der Anlage eine sehr schwierige sei. Wenn aber der Vorredner durchblicken ließe, daß es zuweilen auch bei den Staatsanwälten an gutem Willen fehle, die Verhandlungen unparteiisch zu würdigen, so müßte er dies als eine ungerechtfertigte Verleumdung zurückweisen. Der Vorredner habe sich aber geirrt, wenn er meinte, der preussische Justizminister habe von der hier vorgebrachten Sache gewußt und es sei auffallend, daß der Staatsanwalt erst Ermittlungen einleitete und nachher die Verfolgung nicht eintreten ließ. Es liege hier ein bedauerliches Mißverständnis vor, dessen sich der Staatsanwalt schuldig gemacht habe, ein weiteres aber nicht. Ein politischer Einfluß fand nicht statt.

Abg. **Kreth** (Soz.) meint, das Verlangen Heines, daß mehr Anwälte zum Schutze der Abgeordneten erforderlich seien, sei unerfüllbar, denn dann brauche man allein in Berlin sechs Staatsanwälte mehr. Auf den Fall Stadthagen eingehend, führte Redner aus, daß zweifellos ein großer Teil der Anwälte mit Stadthagens Verhalten nicht einverstanden war. Wenn die sozialdemokratischen Rechtsanwälte so großen Wert auf die Zugehörigkeit Stadthagens zu ihrem Stande legten, dürfte es ihnen nicht schwer fallen, das Verfahren zur Wiederaufnahme herbeizuführen und Stadthagen wieder einzusetzen. Im weiteren Verlauf wird Kreth vom Vizepräsidenten Kampf ersucht, zum Reichsjustizamt zu sprechen. Kreth schließt, wenn die Regierungen eine gesetzliche Handhabe bekommen wollen, um gegen die standalösen Auswüchse der Sozialdemokratie scharf vorzugehen, so werde seine Partei sie ihnen nicht verweigern.

Abg. **Hedder** (Frl. Volksp.) wendet sich gegen Stadthagen wegen dessen scharfer Angriffe gegen die Hamburgere Justiz in Sachen der Hafenarbeiter.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen.

Angenommen wurden die Resolutionen auf Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige und wegen Gewährung der Selbstbefreiung und der Selbstbeschäftigung der Untersuchungsgefangenen. Die Abstimmung über die Resolution Wassermann wegen des Strafverfahrens gegen Jugendliche mit dem Antrage Kirch wurde bis zur dritten Lesung ausgesetzt. Die Resolution wegen einheitlicher Regelung des Strafverfahrens wurde angenommen, desgleichen die übrigen Resolutionen mit Ausnahme derjenigen, betr. Errichtung von Strafkolonien, betr. Sondergerichte für Burengeschäftlichen und betr. Zeugnisverweigerung der Reichstagsabgeordneten.

Sodann wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Petitionen, Wahlprüfungen und Aenderungen der Gewerbeordnung. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 26. Februar.

Präsident **Graf Stolberg** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

In der fortgesetzten Beratung des Justizetats kommt Abg. **Stadthagen** (Soz.) auf den Prozess Lieb-
recht beim Reichsgericht zurück und meint, die Rechts-

sicherheit sei sehr gefährdet, wenn für die Wahl der Richter politische Motive entscheidend seien und nicht die Tüchtigkeit des Richters als Jurist. Daraus ergeben sich Schäden, die weit hinausgehen über den Begriff Klassenjustiz.

Schließlich wurde das Extraordinarium bewilligt. Eine Reihe von Petitionen werden als im Plenum zur Erörterung ungeeignet erklärt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Ohne Debatte werden nach dem Antrage der Kommission für gültig erklärt die Wahlen der Abgeordneten **Manz** (natl.), **Schlüter** (Reichsp.), **Gräf** (Wirtsch. Vgg.), **Wachhorst de Wenter** (natl.), **Schad** (Wirtsch. Vgg.), **Will** (Straßburg (Zentr.) und **Wiltberger** (Elßaß (Zentr.))

Bei der Wahl des Abg. **Enders** (bei keiner Fraktion) beantragt die Kommission, daß dieselbe beantragt werde.

Abg. **Fischer-Berlin** (Soz.) erklärt hierzu, daß amtliche Wahlbeeinflussung vorliege durch ein Flugblatt mit der amtlichen Unterschrift des Bürgermeisters.

Berlin, 26. Febr. Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß heute, im Plenum zunächst den Etat des Innern, dann den Etat des Aeußern u. des Kolonialamts auf die Tagesordnung zu setzen. Man hofft am 25. März mit dem Etat fertig zu werden und Donnerstag oder Freitag vor dem Palmsonntag in die Ferien zu gehen.

England und Deutschland.

(Telegramm.)

London, 25. Febr. Der deutsche Botschafter **Graf Wolff-Metternich** erörterte in einer heute abend in der Handelskammer gehaltenen Rede die Tatsachen, welche zurzeit eine führende Rolle in den Verhältnissen beider Länder spielen. Er führte aus:

Seit Jahrhunderten besteht eine Freundschaft zwischen uns. Es gibt in unserem Handelsverkehr kein verborgenes Stehlitz, das unangenehme Erinnerungen an unsere Vergangenheit zurückrufen könnte. Es ist oft gesagt worden, daß das Anwachsen der deutschen Industrie und des deutschen Handels ein Hindernis bilde für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns. Meine Anwesenheit hier am heutigen Abend widerlegt diese Auffassung. Je mehr ich von der Welt des Handels in England sehe und höre, desto mehr werde ich überzeugt, daß es keine stärkere Förderung in den englisch-deutschen Beziehungen gibt als sie es sind. Unser Handel steht nicht zwischen uns; er bildet im Gegenteil ein Bindeglied zwischen unseren beiden Völkern. Zur internationalen Politik übergehend sagte Metternich: Die Lage auf dem Balkan ist Gegenstand großer Besorgnis für Europa. Die Bemühungen unserer Politik sind dahin gerichtet, eine gemeinsame Aktion der Mächte zur Herbeiführung nützlicher Reformen in die Wege zu leiten. Die projektirte österreichisch-ungarische Sandtschiffahrt ist Gegenstand vieler Erörterungen gewesen. Es ist gänzlich erfinden, daß wir unseren Verbündeten zum Bau der Eisenbahn gedrängt haben. Die österreichisch-ungarische Monarchie weiß am besten selbst zu beurteilen, was in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt.

Der Botschafter sagte zum Schluß: England und Deutschland betätigen ihre zivilisatorische Mission in der Welt mit demselben Eifer. Lassen wir uns der wahren Bedeutung dieser Tatsache eingedenk sein und wir werden nicht zu fürchten brauchen, daß unsere guten Beziehungen jemals gestört werden!

Die Lage in Portugal.

(Telegramme.)

Lissabon, 26. Febr. Die Minister traten zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammen, wie man glaubt, um über den Zusammenritt der Cortes zu beschließen.

Lissabon, 26. Febr. Der Ministerrat beschloß, die Verordnungen **Francos**, durch die die Kammer aufgelöst und die Organisation der Kammern reformiert worden ist, aufzuheben und die Mitglieder der aufgelösten Kammer einzuberufen, um die Eidesleistung des Königs entgegenzunehmen und sodann den Staatsrat zu versammeln, um zur Auflösung der Kammer Stellung zu nehmen. Die Neuwahlen werden nicht vor dem 5. April stattfinden.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramme.)

St. Petersburg, 25. Febr. Der italienische Journalist **Mario Calvino**, einer der verhafteten Teilnehmer an dem terroristischen Komplott gegen den Großfürsten **Nikolaus Nikolajewitsch** und andere hochgestellte Persönlichkeiten, bei dem ein Sprenggeschloß von großer Kraft vorgefunden wurde, erklärte, daß er der fliegenden Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei des nördlichen Gebiets angehöre. Er lehne es jedoch ab, eine weitere Angabe über die Angelegenheit zu machen. Calvino wird zusammen mit den übrigen Teilnehmern an dem Komplott und auf den gleichen gerichtlichen Grundlagen zur Verantwortung gezogen werden.

St. Petersburg, 26. Febr. Laut Beschluß des Ministerrats erfolgt die Ernennung und Abberufung des finnländischen Generalgouverneurs und seines Gehilfen künftig durch kaiserlichen Ukas an dem dirigierenden Senat. Der Ukas wird dem Senat und dem Ministerstaatssekretär durch den Generalgouverneur zur Kenntnis gebracht.

Nizza, 26. Febr. Gegen einen Eisenbahnzug wurden gestern drei Bomben geworfen. Mehrere Personen wurden verwundet. Die Räuber raubten aus dem Postwagen 20 000 Rubel und entkamen.

Marokko.

(Telegramme.)

Paris, 25. Febr. Der „Temps“ behauptet, die Kammer habe durch ihre gestrige Tagesordnung der Regierung voll-

ständige Aktionsfreiheit gelassen, weil sie endlich eingesehen habe, daß angesichts der aggressiven Feindseligkeit **Mulay Hafids** die Nichternennung für Frankreich der reine Selbstbetrug wäre. Die Hauptsache aber wäre, daß Frankreich entsprechend der Algeirasakte energisch den Waffenschmuggel unterdrücke, der in Saffi, dem einzigen Hafen **Mulay Hafids**, offen getrieben werde. Die Kugeln, welche die französischen Soldaten in den letzten Gefechen getötet hätten, seien aus Europa importiert worden, und doch befände sich kein einziges französisches Kriegsschiff in Saffi.

Madrid, 26. Febr. Der Republikaner **Soriano** stellte in der Kammer an die Regierung mehrere Anfragen bezüglich der Verhältnisse in Marokko. Der Minister des Aeußern erklärte darauf, für die spanische Regierung sei **Abdul Afis** der anerkannte Sultan, doch würden die Kommandanten der afrikanischen Kläse Spaniens nicht umhin können, auch mit anderen Persönlichkeiten, die in der Umgebung dieser Kläse eine gewisse Autorität ausüben, Beziehungen zu unterhalten. Er schloß, die Regierung schätze zwar die Interessen der spanischen Untertanen, könne aber keine Verträge anerkennen mit Leuten, die keine gesetzliche Autorität dafür gehabt hätten.

Paris, 26. Febr. Nachdem General **d'Amade** die Absicht geäußert hat, die Operationen am Donnerstag wieder aufzunehmen, eruchte ihn die Regierung telegraphisch, ihr mitzuteilen, welchen Operationsplan er aufgestellt habe, ob er sicher sei, über die zur Durchführung dieses Planes nötigen Streitkräfte zu verfügen. — Ein Telegramm des Admirals **Philibert** zufolge ist die Lage in Marokko unbeeinträchtigt. Die Truppen des Generals **d'Amade** lagern in ihren Quartieren.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 26. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog erteilte heute vormittag von 10 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: dem Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht **Dr. West**, dem Gymnasiumsdirektor **Geheimen Hofrat Dr. Gänzlner**, dem Baurat **Professor Stürzenacker**, dem Professor **Rüttner** an der Technischen Hochschule und dem Oberbauinspektor **Sing** in Karlsruhe, dem Gymnasiumsprofessor **Dr. Gerhard** in Tauberbischofsheim, den Regierungsbaumeistern **Schember** in Offenburg und **Brunner** in Bruchsal, dem Postinspektor **Mayer** in Pforzheim, dem Kasseninspektor **Zimmermann** in Karlsruhe, dem Feuerwehrrömann **Dieterle** in Baden, ferner dem Professor **Dr. Ottmann** an der Universität Freiburg. Später melbeten sich folgende Offiziere und Militärbeamte: Oberst **von Müllers**, Kommandeur des 6. Thüringischen Infanterie-Regiments **Nr. 95**, bisher beim Stabe des 5. Badischen Infanterie-Regiments **Nr. 113**, Major **A. Claujon** von Raas, Vorstand des Artillerie-Depots Karlsruhe, bisher Abteilungs-Kommandeur im Feldartillerie-Regiment von **Scharnhorst** (1. Hannoverscher) **Nr. 10** und Militärintendantur-Arzt **Hoffmann** bei der Intendantur des XIV. Armeekorps, bisher Oberleutnant im Badischen Fußartillerie-Regiment **Nr. 14**.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Legationsrats **Dr. Seyb**, des Geheimrats **Dr. Freiherrn von Babo** und des Geheimrats **Dr. Nicolai**.

(Großherzogliches Hoftheater.) An Stelle der für gestern angeetzten ersten Wiederholung von **Buccinis „Böheme“** ging wegen Erkrankung von **Frau Warmersperger** und **Fraulein Teres Lorkings „Urdine“** in Szene. Die Aufführung des ganz kurz eingeschobenen, beliebten Werks nahm bei bester Befehung der Hauptrollen mit **Frau v. Westhove** (**Urdine**), **Fraulein Ethofer** (**Bertalda**), den Herren **Rabloner** (**Hugo**), **Buffard** (**Veit**) und **Koha** (**Hans**) unter Leitung des Herrn **Lorenz** einen guten Verlauf.

(Großherzogliches Konservatorium für Musik.) Das 9. Vorpriel (Ausbildungsklassen) fand am Dienstag den 26. Februar statt. Heute wird ein Vorpriel der Ausbildungsklassen eingeschoben.

(Vom Verein zur Belohnung treuer Diensthöten in Karlsruhe) wird uns geschrieben: Allgemein bekannt ist die Tatsache, daß es in unserer Zeit immer schwerer wird, geeignete tüchtige Diensthöten zu finden, und daß zum Nachteil nicht nur der Herrschaften, sondern auch der Diensthöten selbst ein fast ständiger Wechsel stattfindet. Wenn nun auch die Gründe hierfür mannigfaltig sind und nicht immer nur auf einer Seite zu suchen sind, so wird es doch mancher Herrschaft erwünscht sein, in einzelnen Fällen als Pflicht der Dankbarkeit erscheinende Diensthöten, welche unangefochten von den verschiedenen Verordnungen in treuer Arbeit längere Zeit in einer Stelle anzuhalten und vielleicht durch aufopfernde Tätigkeit während Krankheiten u. dgl. sich bewährt haben, eine besondere Belohnung zuzukommen zu lassen. Hierfür bietet der oben genannte, unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin **Luise** stehende Verein eine sehr günstige Gelegenheit, denn er verleiht in öffentlicher Feierlichkeit, der die Hohe Protektorin stets anzuwohnen pflegt, den Diensthöten seiner Mitglieder teils Belohnungen, teils Preise, bestehend in einem Ehrenbrief, einer Vereinsmitgliedschaft, einer Belohnung in Geld und einem Andachtsbuch. Näheres wird noch bekannt gemacht werden.

(Arbeiterdiskussionsklub.) Gestern hat der junge Verein mit einem faszinierenden „Lustigen Abend“ eine tolle Zugkraft entwickelt. Schon gegen 8 Uhr — der Beginn war auf halb 9 Uhr festgesetzt — waren in der „Eintracht“ Saal und Galerie gefüllt voll. Gegen 8 1/2 Uhr mußte der Saal bereits, wie es hieß, polizeilich gesperrt werden, nachdem gelang es aber doch noch einzelnen, einzudringen. Wohl über 1000 Personen waren anwesend gewesen sein, was auch der Vorsitzende, **Dr. Alfons Fischer**, in seiner Begrüßungsansprache mit Freuden konstatierte. Der Saal prangte noch von einem Eintrachtsfest her in gemütlichem, altstädtischem Kulissenschmuck, was recht gut zu dem „Lustigen Abend“ paßte. Hoftheaterdramaturg **Dr. Karl Wolff** hatte Arrangement und Leitung übernommen, es war somit selbstverständlich, daß vielerlei gutes und lustiges geboten wurde. U. a. waren bewährte Kräfte unserer Hofbühne mobil gemacht, die sich vielen Dank erwarben. Nach launigen Geleitworten des Conferencier **Felix Baumbach**, der nachher auch eine ent-

Flor Castona Zigarrenhaus **E. P. Hieke, Hofl.,** Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 215.

Baden-Baden Konversationshaus

Samstag, den 29. Februar 1908, abends 8 Uhr:

Grosser Maskenball

in den festlich dekorierten und brillant beleuchteten Sälen des Konversationshauses.

Zwölf Preise

worunter zwei Gruppenpreise von 150 Mk. und 100 Mk. in bar für originelle Gruppen von mindestens 3 Personen; ferner 5 Damen- und 5 Herrenpreise den schönsten und originellsten Damen- und Herren-Kostümen.

Zwei Ballorchester. Eintrittspreis 3 Mk. 3/8

Sonntag, den 1. März, nachmittags 5 Uhr:

Humoristisches Karnevals-konzert

Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr:

Kostümierte Tanz-Réunion.

Dienstag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr:

Kostümiertes Kinderfest.

Das Städt. Kurkomitee.

Alpirsbach bei Freudenstadt (Schwarzwald)

Sanatorium für Nervenleiden u. innere Krankheiten von Dr. med. **K. Würz.**

Das ganze Jahr geöffnet. - Prosp. grat.

Rackows Handelsschule, Frankfurt a. M.

(staatlich anerkannt) M. 804 52.

1/4 1/2 u. ganzjährige Kurse zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf resp. zur Fortbildung in demselben.

Berein Volksbildung Karlsruhe, e. V.

Einladung

zu der am **Freitag, den 28. Februar 1908**, abends 9 1/2 Uhr, im Aula der Technischen Hochschule (Eingang Schulstraße) stattfindenden

Generalversammlung.

Tagesordnung.

Erstattung des Jahresberichtes.
Ablegung der Jahresrechnung und Entlastung des Schatzmeisters.
Genehmigung des Voranschlages. P. 562

ie bedeutendsten Meister des Klavierbaus sowie die ersten musikalischen Kreise

benützen der unerreichten Tonschönheit und Güte wegen Flügel und Pianinos von **Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf. und Steinweg & Söhne.**

Die erwähnten Fabrikate sind bei Hoflieferant **Schweidgen, Erbprinzenstraße 4**, in schöner Auswahl zum Verkauf aufgestellt.

Städtisch subv.

INGENIEUR-SCHULE ZU MANNHEIM

Fachabteilungen f. Maschinenbau, Elektrotechnik, Huttenkunde, Architektur, Hoch- u. Tiefbau

Programm kostenlos

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte

P. Oberhardt

Amalienstr. 18 Telefon 1304

empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. - Zur gründlichen Reinigung und Instandsetzung steht beste Gelegenheit. - Emailierung, Vernickelung. - Neue Pneumatik und Zubehörteile allerbilligst. - Freilauf-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt. P. 222

Stühle

werden dauerhaft geflochten u. repariert

Stuhlflechterei Fr. Ernst.

Aberstr. 3.

Pension Baer,

4 Seminarstraße 4.

Zimmer mit und ohne Pension.

„Alta“

Dampfwaschmaschinen,

Modell 1908.

Das Neueste und Beste auf dem Weltmarkt. P. 335

„Alta“ - Wringmaschinen.

Größte Spezialmaschinenfabrik der Welt. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Probeversuche durch Sachverständige. Lieferung franco jed. deutsch. Bahnstation

Bergedorfer Eisenwerk,

Akt.-Ges.

Zweigniederlassung Karlsruhe i. B.:

Friedrichsplatz 9. Teleph. 487.

Geschwister Baer

(Jenny und Berta Baer)

Kaiserstr. 149, I. Etage (Haus Büchle)

Spezial-Haus für Braut- und Kinder-Ausstattungen

Fertige Damen- und Kinder-Wäsche

Aparthe Blusen

Sehr mässige Preise

Gebr. Ettliger Hoflieferanten

Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telefon 528

Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen

Grösste Auswahl i. Besätzen, Stickereien, Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern

Neue Abteilungen für Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke; Handschuhe, Strümpfe, Schleier

50 Stück 5 Mark

Hochfeine

Sumatra - Havanna

Handarbeit

Circus

Karlsruhe Festplatz

Heute unwiderruflich letzter Tag!

The Royal Bio Co.

Riesen-Projektionen auf 80 qm Bildfläche.

Heute abend 8 Uhr:

Große Dank- und Abschieds-Vorstellung

mit einem Parade-Programm

von 18 Glanznummern in höchster Vollendung mit Einlagen unserer an Tonfälle unerreichten sprechenden musizierenden singenden lebenden Photographien (Tonbildern).

Vorstellungsdauer 2 1/2 Stunden.

Konzert der eigenen Circuskapelle

Preise der Plätze an der Kasse ersichtlich.

Raffinierung:

1 Stunde vor Beginn der Vorstellung sowie vormittags von 11-1 Uhr.

Heute unwiderruflich letzter Tag!

Patent-Anwalt. Tel. 1303

C. Kleyer Karlsruhe

D. 978 **Aerztliches Kinderheim**

Alpirsbach (Schwarz-)wald

Das ganze Jahr geöffnet.

Zehn Betten. Prospekt u. Auskunft durch Oberin Bauer.

Leitender Arzt Dr. med. K. Würz.

Geheime Mauerschranke

mit und ohne Tresor

Geheimschloß

Feuer-, Diebessicher Unaufsperrbar

ferner

Sakristei- und Tabernakel-Schränke

Opferstöcke

Bal. Hammeran,

Frankfurt a. M.-S.

Frechtfrei nach allen deutschen Eisenbahnstationen. - Architektonischen Vorzugspreise.

Vertreter gesucht.

Bürgerliche Rechtsfreite.

Konkursverfahren.

§. 550. Nr. 1920. Mannheim. Ueber den Nachlaß des am 28. November 1907 in Mannheim verstorbenen, zuletzt in T. 6, 4 wohnhaften Kaufmanns **Karl Zimmermann**, gewesenen Inhabers der Firma **Gebr. Zimmermann**, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Ortsrichter **Theodor Michel** in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 13. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Samstag den 21. März 1908, vormittags 9 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte Abtheilung III, I. Obergeschoß, Saal A, Zimmer 111, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. März 1908 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 24. Februar 1908.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3: **Hied.**

Konkursöffnung.

§. 552. Nr. 2964. **Walsch.** Ueber das Vermögen des Seilermeisters **Karl Paas** in Oberwolfach wird heute am 25. Februar 1908, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner den Antrag gestellt und seine Zahlungsunfähigkeit dargetan hat.

Der Rechtskonsulent **Ludwig Rapp** hier wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Vertheilung des erkrankten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände wird bestimmt auf

Donnerstag den 12. März 1908, nachmittags 1/2 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Donnerstag den 23. April 1908, nachmittags 1/2 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. März 1908 Anzeige zu machen.

Walsch, den 25. Februar 1908.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Reich.**

Großh. Amtsgerichtssekretär.

Strafrechtspflege.

Labung.

§. 226.3. **Emmendingen.** Der am 19. November 1876 in Emmendingen geborene, daselbst zuletzt wohnhafte, ledige **Schreiner August Geier** wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ersten Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. Uebertretung gegen § 380 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts auf:

Dienstag den 7. April 1908, vormittags 8 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht in Emmendingen, Zimmer Nr. 1, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Kgl. Bezirkskommando Freiburg ausgefertigten Erklärung verurteilt werden.

Emmendingen, 10. Februar 1908.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Emig.**

§. 327.3.2. Nr. 2963. **Waldshut.**

1. **Karl Frenk**, geb. am 26. Dezember 1885 in Aemühle, Schweiz, heimatberechtigt in Valtersweil, Amt Waldshut.

2. **August Jauch**, geb. am 27. Februar 1885 in Jettetten.

3. **Josef Keller**, geb. am 8. April 1885 in Lufis, Schweiz, heimatberechtigt in Niedern. Amt Waldshut.

4. **Josef Clemens Schupp**, geb. am 26. September 1885 in Emmen, Schweiz, heimatberechtigt in Tiefenstein.

5. **Dans Karl Adolf Eduard Gring**, geb. am 20. Juni 1885 in Waldshut.

6. **Johann Albiez**, geb. am 14. August 1884 in Basel, heimatberechtigt in Rickenbach.

7. **August Martin Gottinger**, geb. am 10. Juli 1884 in Basel, heimatberechtigt in Mitten.

8. **Otto Altenburger**, geb. am 17. November 1885 in Altenburg.

9. **Alfred Spinnagel**, geb. am 8. Juli 1885 zu Griesen.

10. **Alfred Wagner**, geb. am 11.

Januar 1883 in Milsweil, heimatberechtigt in Emmendingen.

11. **Emil August Döfler**, geb. am 28. November 1883 in Wiberst, Schweiz, heimatberechtigt in Höchenschwand.

12. **Adolf Kaiser**, geb. am 11. Januar 1883 in Langnau, heimatberechtigt in Höchenschwand.

13. **Karl Robert Kaiser**, geb. am 5. November 1885 in Weinfelden, heimatberechtigt in Höchenschwand, alle zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, werden beschuldigt, daß sie als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des kriegsherrlichen Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen haben oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des R. Str. G. B.

Dieselben werden auf

Dienstag den 31. März 1908, vormittags 9 Uhr,

vor die I. Strafkammer des Großh. Landgerichts Waldshut zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den Zivilvorstehenden der Strafkommissionen zu Waldshut, Säckingen u. St. Blasien über die der Anklage zugrunde liegenden Thatfachen ausgestellten Erklärungen verurteilt werden.

Waldshut, den 13. Februar 1908.

Der Großh. Staatsanwalt.

Schreibgehilfenstelle

mit jährlich 600 Mark und Zustellungsgebühren ist sofort zu besetzen. Gefuche sind unerbittlich einzureichen. Inzipienten bevorzugt. P. 561

Stodach, den 25. Februar 1908.

Großh. Notariat I. **Goob.**

Die Neuverpachtung der Weide und Grasnutzung auf dem hiesigen 103 ha 81 ar großen Exerzierplatz auf 3 Jahre vom 1. April 1908 bis 31. März 1911 findet am **Samstag den 14. März d. J., vormittags 11 Uhr**, im Geschäftszimmer der unterzeichneten Garnison-Verwaltung - Münchhofstr. 15 - statt. Dergu sind verschlossene schriftliche Angebote bis zum angegebenen Termin postfrei einzureichen.

Die Verpachtungsbedingungen liegen im genannten Geschäftszimmer aus und können gegen Erstattung der Selbstkosten bezogen werden. P. 543.2.1

Garnison-Verwaltung Freiburg i. Br.

Westfälischer Güterverkehr.

Vom 1. März 1908 ab wird im Verkehr zwischen den Stationen der Kreuznacher Kleinbahn einerseits und den Stationen der Badischen Staatseisenbahnen andererseits die Fracht der Staatsbahnstation Kreuznach-Stadt für alle Güter der ordentlichen Tarifklassen und der allgemeinen Ausnahmetarife 1, 2, 3, 4, 5 und 6 um 2 Pf. für 100 kg gekürzt. P. 563

Karlsruhe, den 25. Februar 1908.

Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Bayerisch-Württembergisch-Badischer Tierrarif.

Mit Gültigkeit vom 20. Februar l. J. wurde die badische Station Leutsteden-Heiligenberg in den Tarif einbezogen. P. 544

Nähere Auskunft erteilen auf Wunsch die beteiligten Dienststellen. Karlsruhe, den 24. Februar 1908.

Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Mannheim. P. 462

Bereinsregister.

Zum Vereinsregister Band III, D.-3. 32 wurde heute eingetragen: Der Verein „Vereinigung selbständiger Mannheimer Detail-Druckereibesitzer“ in Mannheim.

Mannheim, den 8. Februar 1908.

Großh. Amtsgericht I.

§. 542. Nr. III/152. **Trier.** Gegen den unten beschriebenen **Musikdirektor Karl Hermann Kollé**, 12./69., geb. am 25. Juni 1883 zu Eggenstein, Reg.-Amt Karlsruhe, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Fahnenflucht im ersten Rückfalle verhängt.

Es wird ersucht, ihn zu verhaften und in die Militärarrestanstalt in Trier, oder an die nächste Militärbehörde zum Weitertransport hierher abzuliefern.

Trier, den 20. Februar 1908.

Der Gerichtsherr: **von Kriegsheim.**

Oberst und Regimentskommandeur. **Knorr.**

Leutnant und Gerichtsoffizier. **Beckmann.**

Alter: 24 Jahre, Natur: mittelwüchsig, Mund: gewöhnlich, Größe: 1 m 58 cm, Haare: blond, Nase: gewöhnlich, Bart: keinen. Besondere Kennzeichen: Narbe am linken Ellenbogenwinkel und Tätowierung auf dem rechten Oberarm. Kleidung: Uniform.

Schreibgehilfenstelle

mit jährlich 600 Mark und Zustellungsgebühren ist sofort zu besetzen. Gefuche sind unerbittlich einzureichen. Inzipienten bevorzugt. P. 561

Stodach, den 25. Februar 1908.

Großh. Notariat I. **Goob.**

Die Neuverpachtung der Weide und Grasnutzung auf dem hiesigen 103 ha 81 ar großen Exerzierplatz auf 3 Jahre vom 1. April 1908 bis 31. März 1911 findet am **Samstag den 14. März d. J., vormittags 11 Uhr**, im Geschäftszimmer der unterzeichneten Garnison-Verwaltung - Münchhofstr. 15 - statt. Dergu sind verschlossene schriftliche Angebote bis zum angegebenen Termin postfrei einzureichen.

Die Verpachtungsbedingungen liegen im genannten Geschäftszimmer aus und können gegen Erstattung der Selbstkosten bezogen werden. P. 543.2.1

Garnison-Verwaltung Freiburg i. Br.

Westfälischer Güterverkehr.

Vom 1. März 1908 ab wird im Verkehr zwischen den Stationen der Kreuznacher Kleinbahn einerseits und den Stationen der Badischen Staatseisenbahnen andererseits die Fracht der Staatsbahnstation Kreuznach-Stadt für alle Güter der ordentlichen Tarifklassen und der allgemeinen Ausnahmetarife 1, 2, 3, 4, 5 und 6 um 2 Pf. für 100 kg gekürzt. P. 563

Karlsruhe, den 25. Februar 1908.

Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Bayerisch-Württembergisch-Badischer Tierrarif.

Mit Gültigkeit vom 20. Februar l. J. wurde die badische Station Leutsteden-Heiligenberg in den Tarif einbezogen. P. 544

Nähere Auskunft erteilen auf Wunsch die beteiligten Dienststellen. Karlsruhe, den 24. Februar 1908.

Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Mannheim. P. 462

Bereinsregister.

Zum Vereinsregister Band III, D.-3. 32 wurde heute eingetragen: Der Verein „Vereinigung selbständiger Mannheimer Detail-Druckereibesitzer“ in Mannheim.

Mannheim, den 8. Februar 1908.

Großh. Amtsgericht I.